

# Jugendliche kämpfen für ihr Wahlrecht

Der 16-jährige Felix Finkbeiner aus Uffing will mit anderen Jugendlichen notfalls vors Bundesverfassungsgericht ziehen

VON ROLAND LORY

**Uffing** – Felix Finkbeiner saß im Saal des Uffinger Gasthauses Zur Post, als CSU und parteifreie Bürgerliste zur Aufstellungsversammlung geladen hatten. Der 16-Jährige war zum Zuschauen verdammt, während sein Vater und die anderen Erwachsenen ihre Stimme abgeben durften. Dabei hätte er gerne selbst gewählt. Zusammen mit weiteren Jugendlichen setzt Felix, der mit seiner Familie im Uffinger Bahnhof wohnt, derzeit alle Hebel in Bewegung, damit Minderjährige bei Urnengängen ihre Stimme abgeben können. Die Parole lautet: „Wir wollen wählen“. Der Grund? „Ich will wählen, denn in Zeiten der Globalisierung können Fehlentscheidungen einer

Generation das Leben der zukünftigen Generation massiv beeinflussen“, betont der Teenager. „So werden künftige Generationen mit der Entscheidung, für die Energiegewinnung Atome zu spalten oder fossile Ressourcen zu verbrennen, mit einer historisch durch nichts vergleichbaren Hypothek belastet in Form von Atommülllagern und Klimaerwärmung.“

Felix ist trotz seiner Jugend kein Neuling auf dem politischen Parkett. Er dürfte sogar zu den bekanntesten Jugendlichen Deutschlands zählen. Denn Felix, der die Internationale Schule in Starnberg besucht, ist Gründer der Klimaschutzbewegung „Plant for the planet“. Deren Ziel ist es, dass auf der Erde 1000 Milliarden neue Bäume gepflanzt werden. Das wäre quasi das



**Felix Finkbeiner**

Der 16-Jährige ist politisch engagiert. FOTO: LORY

größte Wiederaufforstungsprogramm der Menschheit. Außerdem fordert die Initiative, dass bis 2050 der Kohlendioxidausstoß auf null gesenkt wird. Sie will in Uffing in absehbarer Zeit ein Büro eröffnen (wir berichteten).

Die Teenager meinen es ernst mit dem Wahlrecht für Jugendliche. So legten Felix und Co. Einspruch gegen die Bundestagswahl ein. Das Ziel: Sie soll für ungültig erklärt

werden. „Eine Altersgrenze schafft eine Aufteilung in Bürger mit und ohne Wahlrecht, wodurch Minderjährige zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden“, betonen die jungen Leute. „Dieser Ausschluss junger Menschen vom Wahlvolk lässt sich schwerlich in Einklang mit den demokratiethoretischen Prinzipien der Volkssouveränität und des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bringen.“ Es gebe auch kein Höchstalter, argumentieren die Jugendlichen. Grundlegendes Wissen über das Wahlsystem sei ebenfalls keine Voraussetzung, um seine Stimme abgeben zu dürfen. „Sonst wäre die Hälfte der Deutschen vom Wahlrecht ausgeschlossen. So können 44,7 Prozent der volljährigen Bürger die Bedeutung der Erststimme nicht einschätzen,

und 41,6 Prozent kennen die Bedeutung der Zweitstimme nicht“, heißt es im Einspruch. Von einer Senkung des Wahlalters versprechen sich Felix und seine Mitstreiter eine generationengerechtere Politik. Der Stellenwert der Zielgruppe Jungwähler würde steigen, und damit verschöben sich auch die Themen. „Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Schule und Ausbildung, Medien-, Kultur- und Netzpolitik an Gewicht gewinnen und stärker nach den Ansichten der Jugendlichen gestaltet würden.“ Ferner würde die Verleihung des Wahlrechts ein Signal an die jungen Menschen darstellen, dass man sie ernst nimmt und an der Gemeinschaft teilhaben lassen möchte. Sollte der Einspruch

zurückgewiesen werden, wollen Felix und Co. vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Der 16-Jährige hat mit einem Mitautor bereits in der Wochenzeitung „Die Zeit“ einen Artikel zum Thema veröffentlicht. „Wir glauben, dass verantwortungsvolles politisches Bewusstsein und Urteilsvermögen in diesem Alter durchaus entwickelt sein kann“, heißt es darin. So hätten an der Initiative „Plant for the planet“ mehr als 3000 Kinder teilgenommen. Felix und sein Coautor können nicht verstehen, warum in Gremien und Kommissionen „fast nur grauhaarige Menschen“ sitzen. Die beiden sind überzeugt: „Junge Menschen sollen mitentscheiden dürfen, wenn es um ihre Zukunft geht.“